

УДК 338(430.1): 316.7

С.Н.Персиц (3 курс, каф. СиП), М.А.Доможирова, к.п.н., доц.

БУДУЩЕЕ ЕВРОПЫ

Es gibt viele einander widerstreitende Visionen von Europa, viele Zukünfte Europas. Am Ende werden alle diese Visionen von der Bühne verschwinden und die Historiker werden sagen, "das war eine unvermeidliche Entwicklung". Wahrscheinlich gibt es auf keinem Territorium so viele Visionen über die Zukunft wie gegenwärtig über Europa. Einander widerstreitende geopolitische Zukünfte sind typische Kriegsursachen. Dennoch gäbe es jetzt eine Chance, mit Europa eine andere Staatsform zu entwickeln. Vorbild könnte die Auflösung der ehemaligen DDR in die BRD sein. Aber man scheint zu ängstlich und im Gewohnten gefangen zu sein, um einen Schritt in die Zukunft zu machen.

Die über die Zukunft Europas eingeleitete Diskussion spiegelt die Tatsache wider, dass sich der Vertrag von Nizza nicht für eine Union eignet, die 25 und mehr Mitglieder umfassen soll. Die geografische und zahlenmäßige Erweiterung bringt eine qualitative Veränderung mit sich, auf die wir noch nicht vorbereitet sind.

Das aus den Römischen Verträgen hervorgegangene Europa entstand aufgrund der Entschlossenheit, für den gesamten Kontinent einen Rahmen des Friedens und der Stabilität zu erreichen sowie die katastrophalen Auswirkungen der zwei schrecklichen Konflikte, die sich in weniger als einem halben Jahrhundert ereignet hatten, zu lindern.

Heute ist Europa nicht nur der beste Weg zur Sicherung von Frieden und Entwicklung, sondern auch eine historische Chance, um sich den Herausforderungen der Globalisierung zu stellen. Die Phänomene im Zusammenhang mit der Globalisierung haben tief greifende Auswirkungen auf die Verwirklichung von Demokratie und Souveränität im historischen Kontext.

Im Hinblick auf das In-Kraft-Treten des Europäischen Binnenmarkts am 1. Januar 1993 und der Europäischen Union am 1. November des gleichen Jahres erreichen die Tätigkeit wie die Perspektiven dieses Zusammenschlusses auf den verschiedensten politischen und wirtschaftlichen Gebieten eine neue Integrationsqualität.

Ob in der Außen- und Sicherheitspolitik, beim Umweltschutz, bei der Freizügigkeit für Menschen, Güter und Kapital, beim Verbraucherschutz, bei der Kodifikation europäischen Rechts oder bei der Ausgestaltung parlamentarischer Mitsprache für das Europa-Parlament in Straßburg – die Union entwickelt sich zu einem zentralen juristischen, politischen und wirtschaftlichen Bezugfeld.

Die Zahl der EU-Mitgliedsstaaten hat sich am 1. Mai 2004 um zehn Staaten vergrößert. Zu diesen Ländern zählen die Tschechische Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und die Slowakei. Damit ist die EU auf 25 Mitgliedsstaaten angewachsen.

Der Begriff "EU-Erweiterung" wirkt leicht missverständlich. Die EU vereinnahmt in diesem Prozess nicht die Beitrittsstaaten, sondern die Beitrittsstaaten streben mit Hilfe und Unterstützung der alten Mitgliedsstaaten danach, an dem Erfolgsmodell EU mit seinen Werten – Demokratie, Rechtsstaat, Schutz der Menschenrechte und der Minderheiten – teilzuhaben.